

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER**

**"Heimat bewahren - Fläche sparen"**

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Abgeordneter Dünkel. – Als Nächste hat Frau Abgeordnete Rosi Steinberger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Rosi Steinberger (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja schön, dass sich das Kabinett heute zumindest auf das Fünf-Hektar-Ziel als Richtgröße geeinigt hat. Bei manchen Reden von Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER habe ich aber den Eindruck, dass Sie das noch nicht mitbekommen haben. Sie tun so, als wäre alles gut und als gäbe es keinen Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Zuhören!)

In der letzten Legislaturperiode hat unser Kollege Erwin Huber – der heute schon einmal erwähnt wurde – immer von seiner niederbayerischen Heimat Niederbayern gesprochen. Erwin Huber ist nicht mehr im Landtag. Deshalb möchte ich heute von meiner niederbayerischen Heimat Niederbayern sprechen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Aiwanger macht das nachher auch!)

Herr Kollege Eibl, dabei spreche ich explizit über den ländlichen Raum, den ich gut kenne. Ich könnte Ihnen von der A 92 erzählen. Entlang dieser Autobahn reiht sich inzwischen eine Logistikhalle an die andere. Natürlich sieht man das auch von der Bahn aus, aber ich denke, die Windschutzscheibenperspektive ist doch eher die Ihre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens, diese Hallen stehen auf bestem Ackerboden; das nur an die Landwirte gerichtet. Ich könnte Ihnen auch vom Gewerbegebiet Rathsmannsdorf im Landkreis Passau berichten, wo eine ganze Bergkuppe mit diversen Biotopen auf 25 Hektar kahlgeschlagen wurde, weil angeblich der Bedarf so groß war. Jetzt, nach fünf Jahren, steht immer noch die Hälfte der Gebäude leer, aber die Gemeinde plant schon das neue Gewerbegebiet, weil es noch näher an der Autobahn liegt. Anscheinend ist genug Fläche da. So viel zu Ihrer Aussage, die Gemeinden wüssten schon, was sie tun, und gingen mit ihren Ressourcen verantwortungsvoll um. Das tun sie leider oft nicht.

(Manfred Ländner (CSU): Wie viele?)

Ich könnte auch von Wallersdorf und vielen anderen Beispielen erzählen, wo sich Gewerbegebiete und Logistikzentren immer weiter in die Landschaft fressen. Nun soll schon wieder ein neues Gebiet ausgewiesen werden, weil sich der Lebensmitteldiscounter vergrößern und an den Ortsrand ausweichen will. Das sind die Tatsachen. Niederbayern ist übrigens Spitzenreiter beim Flächenfraß. Was passiert dort? – Es entsteht Widerstand. Immer mehr Menschen verstehen, dass ihre Heimat verloren geht. Es geht zum Beispiel darum, dass sich die Ansichten ändern und es bald überall gleich aussieht. Das wollen die Leute nicht. Ja, es geht auch um Wohlstand. Aber Wohlstand ist nicht mit Wohlbefinden gleichzusetzen. Das merken die Menschen im Land zunehmend. Deshalb bilden sich in allen

diesen Orten und in vielen anderen Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen, die sich gegen den ungezügelter Flächenfraß wehren. Diese Leute unterstützen wir gern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht auch darum, dass Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten verloren gehen. Ich habe schon das Beispiel Rathsmannsdorf erwähnt. Dort wurde überhaupt keine Rücksicht auf die vorhandenen Biotope genommen. Und wofür? – Für eine kahle Fläche, die keiner bebauen will. Das kann doch nicht sein. Flächenverbrauch bedeutet oft Landschaftszerschneidung. Lebensräume gehen verloren oder werden so vereinzelt, dass es keinen Austausch der Individuen mehr gibt. Auch das führt zu einem schleichenden Verlust der Arten. Das wollen wir doch alle zusammen bekämpfen.

Es geht auch schon lange nicht mehr um mehr Einnahmen für die Kommune. Viele Gewerbegebiete rentieren sich für die Kommunen gar nicht. Oft liegt keine nachhaltige und gut überlegte Planung vor. Oft geht es darum, dass in der Nachbargemeinde auch ein Gewerbegebiet entstanden ist und der Gemeinderat nicht hintanstehen will. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen hat der Gesetzgeber die Pflicht, hier steuernd einzugreifen. Freiwillig passiert hier leider viel zu wenig. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie trauen sich aber nicht, die Weichen richtig zu stellen. Richtig wäre es nämlich, zum Beispiel den § 13b wieder zu streichen. Aber genau das haben Sie vor Kurzem abgelehnt. Wir haben einen Vorschlag vorgelegt. Es wäre schön, wenn Sie diesem Vorschlag folgen würden. Darüber werden wir morgen sicher noch länger reden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)